

Luzern, 2. September 2016

Verwaltungsdirektion
Öffentlichkeitsarbeit
lic. rer. publ. Lukas Portmann

Medienmitteilung der Universität Luzern

Forschende schaffen «Lernendes Gesundheitssystem»

Mit einem «Lernenden Gesundheitssystem» will eine von der Universität Luzern angeführte, schweizweite Forschungskooperation den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Gesundheitssystem begegnen. Der Bund hat für ein entsprechendes Projekt einen Beitrag von 4,4 Millionen Franken gesprochen. Die Projektpartner steuern eigene Mittel im gleichen Umfang bei.

Unter dem Titel «Swiss Learning Health System (SLHS)» wird in den kommenden Jahren eine schweizweite Plattform geschaffen für einen konstruktiven und lösungsorientierten Dialog zwischen Forschung, Politik und Praxis in Fragen des Gesundheitssystems und der Gesundheitsversorgung. Das SLHS stellt hierzu Mechanismen im Sinne eines «Lernenden Gesundheitssystems» zur Verfügung. Dazu gehören die Identifikation und Priorisierung von relevanten Themen, das Aufzeigen von evidenzbasierten Lösungsansätzen, die Moderation des Dialogs und die Unterstützung in der Implementierungsphase. Der Unterschied zu bestehenden Formen des Dialogs der Interessensgruppen liegt darin, dass dieser im SLHS klar strukturiert, moderiert und dokumentiert ist und die Erkenntnisse in einem Kreislauf in das System zurückfließen. So können gemeinsame Erkenntnisse und Ziele umgesetzt und ein Gesundheitssystem generiert werden, das selbst lernt und neuen Herausforderungen und Bedürfnissen zeitnah gewachsen ist. Dies soll zum Beispiel helfen, gemeinsame Lösungsansätze zur Unterstützung älterer Menschen zu entwickeln, eine bessere Versorgung und Rehabilitation chronisch Kranke zu gewährleisten oder den steigenden Gesundheitskosten durch bessere Versorgungsmodelle zu begegnen.

Träger des SLHS ist ein schweizweites akademisches Netzwerk, das mit Akteuren aus Politik und Administration, Nichtregierungsorganisationen sowie der Privatwirtschaft kooperiert. Neben der Universität Luzern sind das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut (als assoziiertes Institut der Universität Basel), die Université de Neuchâtel, die Università della Svizzera italiana (USI), die Universität Zürich sowie die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) und die Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana (SUPSI) über die aktuelle Laufzeit von vier Jahren an dem Projekt beteiligt. Das Seminar für Gesundheitswissenschaft und Gesundheitspolitik der Universität Luzern hat als Hauptantragsteller des Projekts auch die Gesamtkoordination inne. Daneben sind das Zentrum für Recht und Gesundheit sowie das Zentrum für Religionsverfassungsrecht an der Universität Luzern direkt beteiligt.

Luzern, 2. September 2016

Der Zuschlag für das Projekt ist ein grosser Erfolg für die Forschung und Ausbildung an der Universität Luzern. Es bestätigt, dass die Universität mit dem interdisziplinären Ansatz im Bereich Gesundheit auf dem richtigen Weg ist. Forschende aller Fakultäten beteiligen sich. Dazu gehören das Seminar für Gesundheitswissenschaften und Gesundheitspolitik, das Zentrum für Gesundheit, Politik und Ökonomie an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, das Institut für Unternehmensrecht sowie das Zentrum für Recht und Gesundheit an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, das Zentrum für Religionsverfassungsrecht an der Theologischen Fakultät bis hin zu dem geplanten Bereich Gesundheitsmanagement an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Das Thema Gesundheit wird also auch in den kommenden Jahren ein wichtiger Schwerpunkt der Universität Luzern bleiben.

Im Rahmen der strukturierten Doktoratsausbildung an den beteiligten Institutionen in Zusammenarbeit mit der Swiss School of Public Health+ (SSPH+) werden wissenschaftliche und methodische Grundlagen vermittelt. Insgesamt sind 20 neue Doktoratsstellen geplant, davon acht an der Universität Luzern. Erkenntnisse aus der Forschung fliessen unmittelbar in die Lehre ein, was die Attraktivität von Studiengängen erhöht. Im Masterstudiengang «Health Sciences» an der Universität Luzern wird zum Beispiel ab dem Herbstsemester ein neuer Kurs zum Thema «Evidence-Informed Policy and Stakeholder Dialogue» angeboten.

Der Bund unterstützt im Rahmen des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes Kooperations- und Innovationsprojekte mit projektgebundenen Beiträgen. Diese können für Aufgaben von gesamtschweizerischer hochschulpolitischer Bedeutung ausgerichtet werden. Für die Förderperiode 2017-2020 hat der Hochschulrat der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) in einem kompetitiven Verfahren 18 Projekte, unter anderem das SLHS, im Gesamtumfang von 114 Millionen Franken sowie ein Sonderprogramm für die Erhöhung der Anzahl Abschlüsse in Humanmedizin mit über 100 Millionen Franken genehmigt. Der Entscheid gilt unter Vorbehalt der Beschlüsse der Eidgenössischen Räte zur BFI-Botschaft 2017-2020 im Herbst 2016.

Weitere Informationen:

Prof. Dr. Stefan Boes, Professor für Gesundheitsökonomie, stefan.boes@unilu.ch
Lukas Portmann, Kommunikationsbeauftragter Universität Luzern, +41 41 229 50 90,
lukas.portmann@unilu.ch